

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**

16. Sitzung  
23. Januar 2023

Beginn: 09.33 Uhr  
Schluss: 11.51 Uhr  
Vorsitz: Franziska Brychey (LINKE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Dr. Ina Maria Czyborra** (SPD) fragt für ihre Fraktion:

Wie plant die Senatsverwaltung sicherzustellen, dass die für eine erneute Aufsetzung des Technik-Fonds zur Unterstützung bedürftiger Studierender bei der Anschaffung technischer Ausstattung bestimmten Haushaltsmittel dieser Zielgruppe und diesem Zweck dienen und nicht in einem Sozialfonds weiteren Zwecke zufließen?

**Senatorin Ulrike Gote** (SenWGPG) erläutert, dass die zusätzlichen Mittel keine Neuauflage des Technikfonds der Coronapandemie seien. Um sicherzustellen dass diese den bedürftigen Studierenden zugutekämen, würden diese gemäß der Titelbeschreibung vom Studierendenwerk Berlin im Rahmen zweier Antragsphasen als Zuschuss für den Studienstart an nachweislich bedürftige Studierende ausgezahlt. Damit könne auch eine technische Erstausrüstung finanziert werden. Damit werde sichergestellt, dass die Mittel nicht in einen allgemeinen Topf gehen.

**Dr. Ina Maria Czyborra** (SPD) weist hin, dass mit der Normalisierung von digitaler und hybrider Lehre eine zunehmend bessere technische Ausstattung im Studium nötig sei. Dies

benachteilige bedürftige Studierende. Werde eine bundesweite Umsetzung einer Lernmittelfreiheit für digitale Lernmittel debattiert? Gebe es weitere Möglichkeiten?

**Senatorin Ulrike Gote** (SenWGPG) unterstreicht, dass technische Endgeräte mittlerweile Teil der persönlichen Grundausstattung seien und sich daher auch im BAföG abbilden müssten. Dies werde mit der Bundesebene diskutiert. Einzelne Fördertöpfe seien aber keine gute Lösung.

**Tobias Schulze** (LINKE) fragt für seine Fraktion:

Wann ist, aufgrund der finanziellen Hilfen durch das Land Berlin, mit der Rücknahme der Mieterhöhungen beim Studierendenwerk zu rechnen?

**Senatorin Ulrike Gote** (SenWGPG) erläutert, dass das Studierendenwerk Mitte Dezember einen Verfahrensvorschlag zum Mietenstopp übermittelt habe, der aber tiefgehend rechtlich geprüft werden müsse. Die Dringlichkeit sei allen bewusst, und es gebe schon die letzten Abstimmungen. Seit Ende Dezember liege auch die benötigte verbindliche Energiekostenmitteilung der Energiewirtschaftsstelle vor. Diese ergebe, dass die Mietpreise des Studierendenwerks tatsächlich niedriger sein könnten als die im Herbst 2022 vereinbarten. Das Studierendenwerk werde nun die sich daraus ergebenden Erstattungen überweisen. Sollte es dennoch Fälle geben, wo Studierende aufgrund der hohen Mieten ihr Zimmer beim Studierendenwerk aufgeben müssten, wolle die SenWGPG dies verhindern.

**Martin Trefzer** (AfD) fragt für seine Fraktion:

Welche Problematiken drohen nach Auffassung des Senats durch textgenerierende KI-Tools wie ChatGPT für das Prüfungswesen an Hochschulen und wie wollen die Hochschulen nach Kenntnis des Senats mit der Herausforderung umgehen, bei Qualifikationsarbeiten noch die Eigenleistung der Studenten erkennen zu können?

**Senatorin Ulrike Gote** (SenWGPG) stimmt zu, dass die Entwicklungen bemerkenswert seien. Wie in der Vergangenheit mit neuen Technologien geschehen, müssten die Gesellschaft und vor allem der Bildungsbereich die Chancen nutzen, aber sich auch mit den Risiken auseinandersetzen. Lehre, Forschung und das Prüfungswesen an den Hochschulen werde sich weiterentwickeln müssen. Beispielsweise könnten schriftliche Arbeiten mit mündlichen Verteidigungen kombiniert werden. Dies biete auch die Chance eines wieder direkteren Kontakts zwischen Lehrenden und Studierenden. Anpassungen des Prüfungs- und Lehrwesens unterlägen aber der Hochschulautonomie.

**Adrian Grasse** (CDU) fragt spontan, wie die Senatsverwaltung den Vorschlag der Brandenburger Landesregierung bewerte, dass bereits der Bachelor-Abschluss für eine Tätigkeit als Lehrer/-in ausreichen solle.

**Senatorin Ulrike Gote** (SenWGPG) führt aus, dass es in der Berliner Wissenschaftsverwaltung keine ähnlichen Überlegungen gebe und sie den Vorstoß eher kritisch bewerte. Im Bereich der Lehrerbildung werde am bewährten Verfahren des Quereinstiegs am StEPS festgehalten. Grundsätzlich sei es neben der Steigerung der Absolventenzahlen das Ziel, die Quali-

tät der Lehrerbildung zu sichern und zu steigern. Dazu werde die Lehrkräftebildung an den Universitäten mit weiteren 17 Mio. Euro durch Sonderprogramme unterstützt.

**Adrian Grasse** (CDU) fragt nach, ob sich die Senatorin dem Standpunkt der HRK, dass die akademischen Standards und das Niveau der grundständigen Lehrerbildung nicht abgesenkt werden dürften, anschließe.

**Senatorin Ulrike Gote** (SenWGPG) antwortet, sie stimme dem zu.

Der **Ausschuss** erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

### Punkt 2 der Tagesordnung

#### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Senatorin Ulrike Gote** (SenWGPG) berichtet, dass mit der Übernahme des KMK-Vorsitzes durch das Land Berlin sie die Sitzungen der Wissenschaftsminister/-innen leite. Neben dem gesetzten Thema der Lehrkräftebildung wolle Sie vor allem das Thema der Digitalisierung an Hochschulen vorantreiben, um die Herausforderungen gemeinsam zu lösen und die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Ein weiteres Thema werde der Hochschulbau und Nachhaltigkeit sein. – Das neu eröffnete Rahel-Hirsch-Centrum für Translationale Medizin an der Charité sei ein wichtiger Eckpfeiler der Integration des BIH in die Charité. Das Gebäude befördere den Austausch zwischen Ärzten, Patienten und Forschenden und dass die Patienten schneller von der medizinischen Forschung profitieren könnten.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- |   |                                    |
|---|------------------------------------|
| a) Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drucksache 19/0804<br><b>Drittes Gesetz zur Änderung des Berliner Universitätsmedizingesetzes</b><br>(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs auf Antrag des Senats) | <a href="#">0065</a><br>WissForsch |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Weiterentwicklung des UniMed-Gesetzes</b><br>(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke )                  | <a href="#">0064</a><br>WissForsch |
| c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Die Zukunft der Berliner Herzmedizin – Gründung des Deutschen Herzzentrums der Charité (DHZC)</b><br>(auf Antrag der Fraktion der CDU)                          | <a href="#">0004</a><br>WissForsch |

- d) Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0726  
**Verlängerung des Charité-Vertrages gemäß  
§ 4 Abs. 2 Berliner Universitätsmedizingesetz für das  
Jahr 2023**
- [0062](#)  
WissForsch(f)  
GesPflegGleich  
Haupt

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.